

Bundesrat lässt Israel-Lobby auflaufen

UNO Schweiz stimmt Aufwertung Palästinas zu – FDP-Nationalrätin sieht Vermittlerrolle gefährdet

VON LORENZ HONEGGER

Jetzt ist es offiziell: FDP-Bundesrat Didier Burkhalter und seine Regierungskollegen lassen die Schweizer Israel-Lobby auflaufen. Wenn die UNO-Generalversammlung in New York heute über die Aufwertung Palästinas zum Beobachterstaat abstimmt, wird die Schweiz ein Ja einlegen.

Eine Stunde, bevor Burkhalter den Bundesratsentscheid gestern vor den Medien erläuterte, hörte er der Form halber noch die aussenpolitische Kommission des Ständerates an.

Anders als die nationalrätliche Schwesterkommission sprach sich das Gremium an seiner frühmorgendlichen, ausserordentlichen Sitzung für eine Enthaltung in der Palästina-Frage aus.

Begründung: Die Schweiz dürfe ihren Spielraum als Vermittlerin im Nahost-Friedensprozess nicht unnötig einschränken, so Präsident Hanes Germann (SVP/SH). Den Bundesrat konnte die Kommission indes nicht mehr vom eingeschlagenen

Kurs abbringen. Denn die Landesregierung muss die Kommissionen in aussenpolitischen Fragen nur anhören, entscheiden darf sie selber. Burkhalter betonte an seiner Pressekonferenz, er hoffe, die Aufwertung Palästinas führe zu einer Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten – die besagte UNO-Resolution sei «realistisch, konstruktiv und pragmatisch».

Kritik und Enttäuschung

Der israelische Botschafter Yigal B. Caspi kommentierte den Positionsbezug der Schweizer Regierung ausgesprochen kühl. «Wir haben uns im Vorfeld mehrmals mit dem Bundesrat über das Thema ausgetauscht und gehofft, dass er unsere Position akzeptiert. Aber die

Schweiz hat ihre eigene Sicht der Dinge», sagte er in einem Interview mit «20 Minuten Online». Eine einzelne UNO-Abstimmung sei für Israel jedoch kein Anlass, die guten bilateralen Beziehungen infrage zu stellen, so Caspi.



Aussenminister Burkhalter. KEY

Enttäuscht reagierte der Präsident des Schweizerisch-Israelitischen Gemeinbundes (SIG), Herbert Winter: Der Bundesrat schlage mit seinem jüngsten Positionsbezug im Nahost-Konflikt den falschen Weg ein, sagte er auf Anfrage der «Nordwestschweiz». «Die Teilerkennung wird zu einer Verhärtung der Positionen

auf beiden Seiten führen und den Friedensprozess erschweren.»

Nationalrätin Corina Eichenberger (FDP/AG), Zentralpräsidentin der Gesellschaft Schweiz-Israel, kritisierte, das Ja zur Aufwertung Palästinas sei keine neutrale Stellungnahme. «Bis zu einem gewissen Grad» disqualifiziere sich die Schweiz damit als Schirmherrin der Genfer Initiative, einem seit 2003 in Bearbeitung stehenden Vorschlag für ein umfassendes Abkommen zur Beilegung des Nahost-Konflikts. Die Vermittlerrolle der Schweiz im Friedensprozess werde durch das Ja zur Aufwertung Palästinas geschwächt.

Verhaltener Applaus

Palästina-freundliche Organisationen begrüßten den Entscheid des Bundesrates und bezeichneten diesen als längst überfällig. Nationalrat und Palästina-Kenner Geri Müller (Grüne/AG) sagte, Aussenminister Burkhalter habe gezeigt, dass er «in dieser Frage unabhängig denkt». Als vollwertig anerkannter Staat stehe Israel weiterhin um Welten besser da als die Gegenseite. Wer jetzt behauptete, die israelische Position würde durch Palästinas Aufwertung zum Beobachterstaat geschwächt, irre sich.

Nachgefragt

«Die Nahostpolitik der Schweiz ist ausgewogen»

Herr Möckli, die Schweiz nimmt erstmals offiziell Partei für Palästina. Wäre aus Neutralitätspolitischer Sicht nicht eine Enthaltung besser gewesen?

Daniel Möckli: Die Neutralität konnte hier keine Richtschnur sein. Eine Enthaltung wäre einem Nein gleichgekommen. Zudem musste die Schweiz auch früher schon Entscheide treffen, die entweder Israel oder die Palästinenser

Daniel Möckli

ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Er analysiert die Schweizer Aussenpolitik und die westliche Nahostpolitik.



verärgerten. Das gehört zur Aussenpolitik. Nicht umsonst hat Burkhalter in seinem aussenpolitischen Konzept das Prinzip der Verantwortung neben die traditionellen Schweizer Prinzipien Neutralität und Solidarität gestellt.

Burkhalter begründete den Entscheid mit «Humanitäre Hilfe hat Vorrang vor Guten Diensten»: Hat er damit klammheimlich die Aussenpolitik der Schweiz grundlegend verändert?

Nein. Es gibt aber Kurskorrekturen bezüglich des Palästina-Konflikts. In ihrer Hamas-Politik ist die Schweiz vorsichtiger geworden. Auch ist sie bemüht, die unter Calmy-Rey angespannten Beziehungen zu Israel zu verbessern. Gleichzeitig stimmt sie jetzt für die Palästinenser in der UNO, das ist also alles ziemlich ausgewogen. Fakt ist: Für die Schweizer Friedenspolitik kann das stark polarisierte Umfeld in Nahost derzeit schnell zu einem Minenfeld werden. Eine wirksame Vermittlung ist fast nicht möglich, zumal die innenpolitische Friedensfähigkeit bei den Israeli wie bei den Palästinensern heute sehr gering ist.

Die Schweiz war immer stolz auf ihre Vermittlerrolle, auch im Nahen Osten. Ist es damit nun aus?

Auch Burkhalter hat den Guten Diensten bisher hohe Priorität eingeräumt, wenn auch im Kontext der Gesamtaussenpolitik in geringerem Masse als Calmy-Rey. Die zivile Friedensförderung der Schweiz wird international gelobt. Etwas mehr Vorsicht in Nahost stellt das noch nicht alles infrage.

Wer kann künftig noch glaubwürdig zwischen Israel und den Palästinensern vermitteln?

Die EU oder Norwegen mögen glaubwürdig sein. Etwas bewirken könnten heute allenfalls die USA. Von Obamas ursprünglich ausgewogener Haltung im Palästina-Konflikt war in den letzten zwei Jahren nicht mehr viel zu sehen. Aber selbst wenn die Amerikaner ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen würden: Von Frieden in Nahost sind wir weiter entfernt denn je. Denkbar ist, dass Ägypten dereinst eine grössere Rolle spielen und etwa verstärkt Einfluss auf die Hamas nehmen wird.

Die Schweiz will mit dem Ja Abbas stärken und Hamas schwächen. Eine gute Strategie?

Die Schweiz setzt sich vor allem für die innerpalästinensische Versöhnung ein. Ohne eine geeinte palästinensische Stimme sind Friedensbemühungen müssig. Abbas ist heute in einer schwachen Position, daran wird die UNO-Abstimmung nicht viel ändern.

Interview: Christian Nünlist



Vor einem Jahr scheiterte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas mit einem Antrag auf die volle UNO-Mitgliedschaft. ANDREW GOMBERT/KEYSTONE

Palästinenser rechnen mit der Statusaufwertung

UNO Heute Nacht sollen die UNO-Mitglieder dafür stimmen, der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) einen Beobachterstatus ohne volle Mitgliedschaft zu gewähren.

VON SUSANNE KNAUL, JERUSALEM

Die Palästinenser glauben fest an eine Mehrheit bei der UNO-Abstimmung über ihre Statusaufwertung. Beobachter gehen davon aus, dass rund 150 der insgesamt 193 Staaten dafür stimmen. Israel hatte den Palästinensern mit Sanktionen gedroht, sollten sie von dem einseitigen Schritt nicht ablassen. Seit sich abzeichnet, dass der Kampf verloren ist, verfolgt das Aussenamt in Jerusalem eine veränderte Taktik und ver-

sucht, die Wichtigkeit der UNO-Entscheidung herunterzuspielen.

Seit Monaten lancieren beide Seiten intensive internationale Kampagnen. Den Sieg schon fest in der Tasche, bekam die PLO nach der israelischen Offensive im Gazastreifen zusätzlichen Aufwind für ihren Plan. Der als moderater Politiker im Westen geschätzte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas ist im innenpolitischen Wettlauf mit der Hamas dringend auf einen Erfolg angewiesen, und Israel hat mit den massiven Luftangriffen auf den Gazastreifen Anfang des Monats die internationale Geduld ausgereizt.

Frankreich unterstützt PLO-Antrag

Erst gestern kündigte Frankreich an, den PLO-Antrag zu unterstützen. Die Schweiz, Dänemark, Spanien und andere EU-Staaten wollen ebenfalls für die Palästinenser stimmen. Europa

spielt neben den USA eine wichtige Rolle im Friedensprozess, angefangen mit Finanzierungshilfen für die Autonomiebehörde bis hin zu Initiativen im Rahmen des sogenannten Nahost-Quartetts.

Genau vor einem Jahr scheiterte die PLO mit ihrem Antrag auf volle UNO-Mitgliedschaft. Die USA hatten für die nötige Abstimmung des Sicherheitsrats ihr Veto angekündigt und wollen auch diesmal gegen den PLO-Antrag stimmen. Dennoch scheint sich der Wind im Weissen Haus leicht zu drehen, denn es warnte die Regierung in Jerusalem vor Strafmassnahmen.

Mohammed Stayeh, ehemals Wirtschaftsminister und heute enger Berater von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, glaubt: «Israel hat ein Interesse an der Stabilität der PA (Palästinensische Autonomiebehörde).» Völlig unverstänlich sei, dass überhaupt

von Strafen geredet werde. «Das UNO-Votum ist keine Kriegserklärung und kein Terror, sondern es soll im Gegenteil die Zwei-Staaten-Lösung retten.» Israel selbst sei aufgrund einer UNO-Resolution gegründet worden, erinnert Stayeh. Am 29. November 1947 stimmte die Vollversammlung für die Teilung Palästinas in zwei Staaten, einen arabischen und einen jüdischen.

Israel fürchtet sich vor allem vor der Möglichkeit, vor den Internationalen Gerichtshof zitiert zu werden. «Anstatt, dass wir uns näherkommen, werden sich beide Seiten weiter voneinander entfernen», sagt Ilana Stein, stellvertretende Regierungssprecherin in Jerusalem, auf Anfrage. Auch wenn sich Israel rechtlich nichts vorzuwerfen habe, so werde «allein die Tatsache, dass ein Prozess stattfindet, Konsequenzen für die öffentliche israelische Meinung haben».